



Versicherungen

Free Practice Test — 30 Real Exam-Style Questions

with full answer key & explanations

**Unlock the full bank of 496 questions
+ unlimited timed mock exams + mistake book**

Practice on the web: <https://certs.theorypractice.app/versicherungen>

\$2.99 / week · \$6.99 / month · cancel anytime

What you unlock: all 496 questions • unlimited timed mock exams • mistake book • instant explanations

Study offline on the free app — search your exam on the App Store or Google Play



Unlock all 496 questions + timed mock exams

→ <https://certs.theorypractice.app/versicherungen>

\$2.99/week or \$6.99/month · cancel anytime · scan to start



Practice Questions

Try all 30 first, then check the answer key at the back.

Want the other 466+ questions & full timed mock exams? Unlock at
<https://certs.theorypractice.app/versicherungen>

1. Was versteht man unter einer nachfrageinduzierten Inflation (Nachfragesoginflation)?

- A. Das allgemeine Preisniveau sinkt, weil zu viele Güter produziert werden.
- B. Preise steigen, weil die gesamtwirtschaftliche Nachfrage das Güterangebot übersteigt.
- C. Preise steigen aufgrund höherer Produktionskosten, z. B. durch teurere Rohstoffe oder Energie.
- D. Die Geldmenge sinkt, was zu einer Verteuerung von Krediten führt.

2. Eine Spedition übernimmt den Transport von Industriewaren zwischen Produktionsbetrieben und Handelshäusern. Welchem Wirtschaftssektor ist dieses Unternehmen zuzuordnen?

- A. Primärer Sektor, da Rohstoffe zwischen Produktionsstätten bewegt werden
- B. Sekundärer Sektor, da das Unternehmen direkt zur industriellen Wertschöpfungskette beiträgt
- C. Tertiärer Sektor, da eine Dienstleistung erbracht wird
- D. Quartärer Sektor, da moderne Logistiksoftware und Informationstechnologie eingesetzt werden

3. Der 15-jährige Jonas schließt ohne Wissen und Zustimmung seiner Eltern einen Kaufvertrag über ein Smartphone für 699 Euro ab. Wie ist dieser Kaufvertrag rechtlich einzuordnen?

- A. Der Vertrag ist von Anfang an nichtig und damit rechtlich bedeutungslos
- B. Der Vertrag ist schwebend unwirksam und wird erst durch Genehmigung der Eltern wirksam
- C. Der Vertrag ist sofort wirksam, da Jonas mit 15 Jahren einsichtsfähig ist
- D. Der Vertrag ist wirksam, weil Jonas das Smartphone in einem stationären Geschäft gekauft hat

Study offline on the free app — search your exam on the App Store or Google Play



Unlock all 496 questions + timed mock exams
→ <https://certs.theorypractice.app/versicherungen>

\$2.99/week or \$6.99/month · cancel anytime · scan to start



4. Die Inflationsrate steigt von 2 % auf 6 %. Was bedeutet das für die Kaufkraft des Geldes?

- A. Die Kaufkraft steigt, weil sich durch höhere Preise mehr Geld im Umlauf befindet.
- B. Die Kaufkraft bleibt unverändert, solange der Nominalzins konstant ist.
- C. Die Kaufkraft sinkt, da man für denselben Geldbetrag weniger Güter und Dienstleistungen kaufen kann.
- D. Die Kaufkraft ist ausschließlich vom Wechselkurs abhängig und wird von der Inflationsrate nicht beeinflusst.

5. Was muss ein Verbraucherdarlehensvertrag laut Bürgerlichem Gesetzbuch (BGB) zwingend enthalten?

- A. Den Namen des zuständigen Filialleiters sowie die Unterschrift des Bankvorstands
- B. Den effektiven Jahreszins, den Gesamtbetrag aller Zahlungen und die Laufzeit des Darlehens
- C. Eine notarielle Beglaubigung und die Benennung eines Bürgen aus dem Verwandtenkreis
- D. Den aktuellen Disporahmen aller bestehenden Konten des Kreditnehmers

6. Ein Gläubiger möchte einen Bürgen im Ernstfall sofort in Anspruch nehmen können, ohne vorher eine Klage gegen den Hauptschuldner führen zu müssen. Welche Bürgschaftsform ist hierfür geeignet?

- A. Ausfallbürgschaft
- B. Zeitbürgschaft
- C. Mitbürgschaft
- D. Selbstschuldnerische Bürgschaft

Want the other 466+ questions & full timed mock exams? Unlock at
<https://certs.theorypractice.app/versicherungen>

7. Das 'Magische Sechseck' erweitert das im Stabilitätsgesetz von 1967 verankerte 'Magische Viereck' um zwei weitere wirtschaftspolitische Ziele. Um welche Ziele handelt es sich?

- A. Bildungsförderung und technologische Innovation
- B. Soziale Sicherheit und Ausbau der öffentlichen Infrastruktur
- C. Umweltschutz (ökologische Nachhaltigkeit) und gerechte Einkommens- und Vermögensverteilung
- D. Preisstabilität und Vollbeschäftigung



Unlock all 496 questions + timed mock exams
→ <https://certs.theorypractice.app/versicherungen>

\$2.99/week or \$6.99/month · cancel anytime · scan to start



8. Was versteht man unter 'automatischen Stabilisatoren' in der Wirtschaftspolitik?

- A. Feste Wechselkursbindungen zwischen den Währungen der EU-Mitgliedsstaaten
- B. Staatlich vorgeschriebene Mindestpreise für Grundnahrungsmittel zur Preisstabilisierung
- C. Haushaltspolitische Mechanismen, die ohne aktiven Gesetzgebungsakt automatisch konjunkturstabilisierend wirken
- D. Automatisch durch die EZB angepasste Leitzinsen bei Überschreitung der Inflationsgrenze

9. Welche Aussage beschreibt die Phase der Rezession im Konjunkturzyklus korrekt?

- A. Das Bruttoinlandsprodukt sinkt mindestens zwei Quartale in Folge.
- B. Die Beschäftigung steigt stark und die Investitionen boomen.
- C. Die Inflation ist sehr hoch aufgrund einer überhitzten Nachfrage.
- D. Der Staat kürzt die Ausgaben, um den Haushalt zu konsolidieren.

Study offline on the free app — search your exam on the App Store or Google Play

10. Was kennzeichnet den Begriff 'Globalisierung' im wirtschaftlichen Sinne am treffendsten?

- A. Die Verlagerung der gesamten Industrieproduktion aus Industriestaaten in Entwicklungsländer
- B. Die weltweite Vernetzung und Integration von Märkten für Güter, Dienstleistungen und Kapital
- C. Der Abbau von Handelshemmnissen ausschließlich innerhalb der Europäischen Union
- D. Die Einführung einer einheitlichen Weltwährung durch den IWF

11. Herr Lange informiert beim Ausfüllen des Versicherungsantrags den Versicherungsvertreter mündlich über eine bestehende Vorerkrankung, die jedoch nicht in den Antragsbogen eingetragen wird. Kann der Versicherer später wegen Verletzung der vorvertraglichen Anzeigepflicht vom Vertrag zurücktreten?

- A. Nein, denn nach § 70 VVG wird dem Versicherer das Wissen seines Vertreters zugerechnet, sofern dieser die Information im Rahmen seiner Agententätigkeit erhalten hat.
- B. Ja, da die Anzeigepflicht ausschließlich durch schriftliche Angaben im Antragsbogen wirksam erfüllt werden kann.
- C. Ja, da Versicherungsvertreter generell keine Empfangsvollmacht für mündliche Mitteilungen besitzen.
- D. Nein, aber nur wenn Herr Lange die mündliche Mitteilung durch Zeugen nachweisen kann.



Unlock all 496 questions + timed mock exams
→ <https://certs.theorypractice.app/versicherungen>

\$2.99/week or \$6.99/month · cancel anytime · scan to start



12. Herr Götz schließt am 1. August eine Hausratversicherung ab und vereinbart mit dem Versicherer rückwirkenden Versicherungsschutz ab dem 1. Juli (Rückwärtsversicherung). Am 20. Juli hatte Herr Götz bereits einen Einbruchschaden erlitten. Unter welcher Voraussetzung ist der Versicherer nach § 2 VVG zur Leistung verpflichtet?

- A. Unter keiner – rückwirkende Versicherungsverträge sind nach deutschem Recht generell unwirksam.
- B. Wenn Herr Götz beim Vertragsschluss am 1. August keine Kenntnis vom bereits eingetretenen Einbruchschaden hatte.
- C. Immer, sofern beide Parteien die Rückwärtsversicherung ausdrücklich schriftlich vereinbart haben.
- D. Wenn der Versicherer beim Vertragsschluss selbst bereits vom Schaden wusste und den Vertrag trotzdem abschloss.

Want the other 466+ questions & full timed mock exams? Unlock at
<https://certs.theorypractice.app/versicherungen>

13. Herr und Frau Berger haben zwei Kinder: Tochter Lena (geboren 2005) und Sohn Fabian (geboren 2010). Frau Berger ist unmittelbar riesterförderberechtigt und hat einen Riester-Vertrag. Wie hoch ist die jährliche staatliche Kinderzulage für beide Kinder insgesamt?

- A. 300 € für Lena und 300 € für Fabian, insgesamt 600 €
- B. 185 € für Lena und 185 € für Fabian, insgesamt 370 €
- C. 185 € für Lena und 300 € für Fabian, insgesamt 485 €
- D. 100 € für Lena und 200 € für Fabian, insgesamt 300 €

14. Wie lange muss ein Arbeitnehmer sozialversicherungspflichtig beschäftigt gewesen sein (Anwartschaftszeit), um Anspruch auf Arbeitslosengeld I zu erhalten?

- A. Mindestens 6 Monate innerhalb der letzten 12 Monate
- B. Mindestens 12 Monate innerhalb der letzten 30 Monate
- C. Mindestens 24 Monate innerhalb der letzten 48 Monate
- D. Mindestens 36 Monate insgesamt

15. Welche Leistung gehört NICHT zum Leistungsumfang der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV)?

- A. Ärztliche Behandlung
- B. Krankengeld ab der 7. Krankheitswoche
- C. Monatliche Altersrente
- D. Zahnärztliche Behandlung



Unlock all 496 questions + timed mock exams
→ <https://certs.theorypractice.app/versicherungen>

\$2.99/week or \$6.99/month · cancel anytime · scan to start



Study offline on the free app — search your exam on the App Store or Google Play

16. Was versteht man unter der relativen Friedenspflicht, die aus einem laufenden Tarifvertrag entsteht?

- A. Arbeitnehmer dürfen während der Tarifvertragslaufzeit keine Überstunden leisten.
- B. Arbeitgeber und Gewerkschaften müssen sich monatlich zu Gesprächen treffen.
- C. Die Tarifvertragsparteien dürfen keine Arbeitskämpfmaßnahmen zu den bereits tariflich geregelten Fragen durchführen.
- D. Alle Arbeitnehmer im Betrieb sind persönlich verpflichtet, jeden Streik zu unterlassen.

17. Ein Berater fasst gegen Ende des Beratungsgesprächs alle Ergebnisse der Bedarfsanalyse strukturiert zusammen und bittet den Kunden um Bestätigung: 'Habe ich Ihre Anforderungen vollständig und korrekt erfasst?' Welchen Hauptzweck erfüllt diese Gesprächstechnik?

- A. Die gesetzliche Pflicht zur Beratungsdokumentation nach § 61 VVG formal zu erfüllen.
- B. Missverständnisse frühzeitig aufzudecken, das gegenseitige Verständnis zu sichern und eine verbindliche Basis für die folgende Produktempfehlung zu schaffen.
- C. Die Gesprächsdauer absichtlich zu verlängern, um durch mehr Zeitaufwand das Vertrauen des Kunden zu stärken.
- D. Den Kunden von verbliebenen Einwänden abzulenken, indem seine eigenen Aussagen lediglich wiederholt werden.

18. Ein Kunde schließt eine Lebensversicherung ab und erhält anschließend die vollständigen Vertragsunterlagen per Post zugesandt. Wie viele Tage hat er nach § 8 VVG das Recht, den Vertrag zu widerrufen?

- A. 7 Tage ab Erhalt der Unterlagen
- B. 14 Tage ab Vertragsabschluss
- C. 30 Tage ab Erhalt der Vertragsunterlagen
- D. 60 Tage ab dem ersten Beitragsfälligkeitstag

Want the other 466+ questions & full timed mock exams? Unlock at
<https://certs.theorypractice.app/versicherungen>



Unlock all 496 questions + timed mock exams
→ <https://certs.theorypractice.app/versicherungen>

\$2.99/week or \$6.99/month · cancel anytime · scan to start



19. Ein Arbeitgeber ordnet an, dass ein Arbeitnehmer ab dem nächsten Monat seine Arbeitszeit täglich von 09:00–18:00 Uhr statt wie bisher von 08:00–17:00 Uhr erbringen soll. Der Arbeitsvertrag enthält keine genaue Regelung zur Lage der Arbeitszeit. Welche gesetzliche Grundlage berechtigt den Arbeitgeber grundsätzlich zu dieser einseitigen Weisung?

- A. § 106 GewO, der dem Arbeitgeber das Recht einräumt, Inhalt, Ort und Zeit der Arbeitsleistung nach billigem Ermessen näher zu bestimmen
- B. § 315 BGB, der die einseitige Leistungsbestimmung regelt und allgemein für alle Schuldverhältnisse gilt
- C. § 613a BGB, der die Rechtsfolgen bei Betriebsübergang und den Übergang von Arbeitsverhältnissen auf einen neuen Inhaber regelt
- D. § 14 TzBfG, der die Voraussetzungen für eine sachgrundlose Befristung von Arbeitsverhältnissen normiert

20. Ein Arbeitnehmer erhält am 3. März eine schriftliche ordentliche Kündigung. Er hält sie für sozial ungerechtfertigt und möchte sie gerichtlich anfechten. Bis wann muss er spätestens Kündigungsschutzklage beim Arbeitsgericht einreichen?

- A. Bis zum 3. September desselben Jahres (6 Monate nach Zugang)
- B. Bis zum 3. April desselben Jahres (4 Wochen nach Zugang)
- C. Bis zum 24. März desselben Jahres (3 Wochen nach Zugang)
- D. Bis zum 3. März des Folgejahres (1 Jahr nach Zugang)

21. Ein Arbeitnehmer möchte seine Arbeitszeit dauerhaft verringern und beruft sich auf seinen gesetzlichen Anspruch nach § 8 TzBfG. Welche Voraussetzungen müssen kumulativ erfüllt sein?

- A. Das Arbeitsverhältnis muss länger als drei Monate bestehen und der Betrieb muss mehr als zehn Arbeitnehmer beschäftigen.
- B. Das Arbeitsverhältnis muss länger als sechs Monate bestehen und der Betrieb muss in der Regel mehr als 15 Arbeitnehmer (ohne Auszubildende) beschäftigen.
- C. Das Arbeitsverhältnis muss länger als zwölf Monate bestehen; eine Mindestbetriebsgröße ist dabei nicht vorgeschrieben.
- D. Das Arbeitsverhältnis muss länger als sechs Monate bestehen und der Betrieb muss in der Regel mehr als 20 Arbeitnehmer beschäftigen.

Study offline on the free app — search your exam on the App Store or Google Play



Unlock all 496 questions + timed mock exams
→ <https://certs.theorypractice.app/versicherungen>

\$2.99/week or \$6.99/month · cancel anytime · scan to start



22. Ein Betrieb muss aufgrund wirtschaftlicher Schwierigkeiten Stellen abbauen und betriebsbedingte Kündigungen aussprechen. Welche vier Kriterien schreibt § 1 Abs. 3 KSchG für die Sozialauswahl vor?

- A. Lebensalter, Familienstand, Gehaltsklasse und Dauer der Betriebszugehörigkeit
- B. Dauer der Betriebszugehörigkeit, Lebensalter, Unterhaltspflichten und Schwerbehinderung
- C. Leistungsbeurteilung, Fehlzeiten, Dauer der Betriebszugehörigkeit und Lebensalter
- D. Qualifikation, Lebensalter, Dauer der Betriebszugehörigkeit und Gewerkschaftszugehörigkeit

23. Was versteht man in der privaten Berufsunfähigkeitsversicherung unter dem Begriff des 'abstrakten Verweises'?

- A. Der Versicherer kann Leistungen verweigern, indem er den Versicherten auf eine andere zumutbare Tätigkeit verweist, die dieser theoretisch ausüben könnte – ohne dass er dort tatsächlich beschäftigt ist
- B. Der Versicherer zahlt die BU-Rente nur, wenn der Versicherte seinen zuletzt ausgeübten Beruf vollständig und dauerhaft aufgibt
- C. Der Versicherte ist berechtigt, bei der Prüfung der Berufsunfähigkeit jeden beliebigen Arzt ohne Facharztspflicht zu konsultieren
- D. Die BU-Rente wird automatisch auf laufende Leistungen der gesetzlichen Rentenversicherung angerechnet

24. Herr Meier erleidet als Tourist in Thailand einen schweren Beinbruch, der eine Operation, einen mehrwöchigen Krankenhausaufenthalt und einen medizinisch notwendigen Rücktransport nach Deutschland erfordert. Welche Leistungen übernimmt typischerweise die private Auslandsrankenversicherung?

- A. Ausschließlich ambulante Behandlungskosten bis zu einer vertraglich definierten Tageshöchstgrenze.
- B. Die Behandlungskosten im Ausland sowie die Kosten für einen medizinisch notwendigen Rücktransport nach Deutschland.
- C. Lediglich den Selbstbehalt, den die GKV im Ausland nicht erstattet, da die GKV weltweit Schutz gewährt.
- D. Nur die reinen Behandlungskosten – ein Rücktransport gilt als Reisekomfort und ist nicht versichert.

Want the other 466+ questions & full timed mock exams? Unlock at
<https://certs.theorypractice.app/versicherungen>



Unlock all 496 questions + timed mock exams

→ <https://certs.theorypractice.app/versicherungen>

\$2.99/week or \$6.99/month · cancel anytime · scan to start



25. Herr Kaiser (Pflegegrad 3) wird ausschließlich zu Hause von seiner Tochter gepflegt. Welche Leistungen kann er aus der sozialen Pflegeversicherung in Anspruch nehmen?

- A. Er erhält ausschließlich stationäre Pflegeleistungen, da häusliche Pflege durch Angehörige nicht gefördert wird
- B. Er kann Pflegegeld für die Pflege durch seine Tochter erhalten, Pflegesachleistungen für einen ambulanten Pflegedienst nutzen oder beides kombinieren
- C. Die Pflegeversicherung übernimmt sämtliche entstehenden Pflegekosten vollständig und ohne Eigenanteil
- D. Bei ausschließlich häuslicher Pflege durch Angehörige besteht kein Leistungsanspruch gegenüber der sozialen Pflegeversicherung

26. Was versteht man unter dem Gleichgewichtspreis auf einem Markt?

- A. Der staatlich festgesetzte Mindestpreis für ein Gut.
- B. Der Preis, bei dem die Nachfrage größer ist als das Angebot.
- C. Der Preis, bei dem angebotene und nachgefragte Menge genau übereinstimmen.
- D. Der Durchschnittspreis aller Anbieter auf dem Markt.

27. Welcher Haushaltsgrundsatz schreibt vor, dass alle Einnahmen und Ausgaben vollständig und getrennt im Haushaltsplan veranschlagt werden müssen?

- A. Das Jährlichkeitsprinzip
- B. Das Gesamtdeckungsprinzip
- C. Das Vollständigkeitsprinzip
- D. Das Wirtschaftlichkeitsprinzip

Study offline on the free app — search your exam on the App Store or Google Play

28. Welcher Steuersatz gilt in Deutschland pauschal für die Abgeltungsteuer auf private Kapitalerträge?

- A. 15 %
- B. 20 %
- C. 25 %
- D. 30 %



Unlock all 496 questions + timed mock exams

→ <https://certs.theorypractice.app/versicherungen>

\$2.99/week or \$6.99/month · cancel anytime · scan to start



29. Im betrieblichen Treibhausgasmanagement unterscheidet das Greenhouse Gas Protocol Emissionsquellen in drei Kategorien (Scopes). Was umfasst ‚Scope 1‘?

- A. Indirekte Emissionen, die durch den Einkauf von Strom, Wärme oder Dampf entstehen.
- B. Direkte Treibhausgasemissionen aus unternehmenseigenen oder -kontrollierten Quellen, z. B. eigene Heizungsanlagen und Firmenfahrzeuge.
- C. Emissionen, die entlang der gesamten vor- und nachgelagerten Wertschöpfungskette entstehen.
- D. Ausschließlich Emissionen aus der betrieblichen Abfallentsorgung.

30. Was versteht man im betrieblichen Kontext unter einem Energieaudit?

- A. Eine Prüfung durch das Finanzamt, ob Energiekosten eines Unternehmens korrekt steuerlich abgesetzt wurden.
- B. Eine systematische Untersuchung des Energieverbrauchs im Unternehmen mit dem Ziel, konkrete Einsparpotenziale zu identifizieren.
- C. Ein staatliches Zertifizierungsverfahren, das Unternehmen zur ausschließlichen Nutzung erneuerbarer Energien verpflichtet.
- D. Eine interne Buchprüfung der Energierechnungen durch die Buchhaltungsabteilung.



Unlock all 496 questions + timed mock exams

→ <https://certs.theorypractice.app/versicherungen>

\$2.99/week or \$6.99/month · cancel anytime · scan to start



Answer Key & Explanations

You just practised 30 of 496. Unlock every question + timed mocks at
<https://certs.theorypractice.app/versicherungen>

1. B — Preise steigen, weil die gesamtwirtschaftliche Nachfrage das Güterangebot übersteigt.

Nachfragesoginflation entsteht, wenn die Nachfrage nach Gütern und Dienstleistungen das vorhandene Angebot übersteigt – die Preise werden 'nach oben gezogen'. Dies tritt z. B. in Hochkonjunkturphasen oder infolge expansiver Staatsausgaben auf. Why the other options are incorrect: • Das allgemeine Preisniveau sinkt, weil zu viele Güter produziert werden.: Sinkende Preise bei Überangebot beschreiben eine Deflation – das genaue Gegenteil von Inflation. Deflation ist ebenfalls wirtschaftspolitisch unerwünscht. • Preise steigen aufgrund höherer Produktionskosten, z. B. durch teurere Rohstoffe oder Energie.: Steigende Produktionskosten beschreiben die Kosteninflation (Kostendruckinflation) – eine andere Inflationsart, die von der Angebotsseite ausgeht, nicht von der Nachfrageseite. • Die Geldmenge sinkt, was zu einer Verteuerung von Krediten führt.: Eine sinkende Geldmenge führt tendenziell zu Deflationsdruck, nicht zu Inflation. Inflation entsteht u. a. durch eine übermäßig steigende Geldmenge.

2. C — Tertiärer Sektor, da eine Dienstleistung erbracht wird

Der tertiäre Sektor umfasst alle Dienstleistungen, darunter Transport, Handel, Finanzwesen und Bildung. Eine Spedition produziert keine physischen Güter, sondern erbringt eine Transportdienstleistung – sie gehört daher zum tertiären Sektor. Why the other options are incorrect: • Primärer Sektor, da Rohstoffe zwischen Produktionsstätten bewegt werden: Der primäre Sektor umfasst die Urproduktion wie Land- und Forstwirtschaft sowie Bergbau. Eine Spedition gewinnt keine Rohstoffe, sondern transportiert bereits produzierte Güter. • Sekundärer Sektor, da das Unternehmen direkt zur industriellen Wertschöpfungskette beiträgt: Der sekundäre Sektor beinhaltet das verarbeitende Gewerbe und die Industrie. Eine Spedition stellt keine Waren her, sondern erbringt eine Dienstleistung rund um deren Transport. • Quartärer Sektor, da moderne Logistiksoftware und Informationstechnologie eingesetzt werden: Der Quartärssektor bezeichnet wissens- und informationsbasierte Tätigkeiten wie IT oder Forschung. Der bloße Einsatz von Logistiksoftware macht ein Transportunternehmen nicht zu einem Quartärssektor-Betrieb.

3. B — Der Vertrag ist schwebend unwirksam und wird erst durch Genehmigung der Eltern wirksam

Jonas ist als 15-Jähriger beschränkt geschäftsfähig (§ 106 BGB). Ein Kaufvertrag, der ihm nicht lediglich rechtliche Vorteile bringt, ist nach § 108 BGB schwebend unwirksam. Er wird erst wirksam, wenn die Eltern als gesetzliche Vertreter ihn genehmigen (§ 184 BGB), oder endgültig unwirksam bei Ablehnung. Why the other options are incorrect: • Der Vertrag ist von Anfang an nichtig und damit rechtlich bedeutungslos: Nichtig wären Verträge von Geschäftsunfähigen (unter 7 Jahren, § 105 BGB). Jonas ist beschränkt geschäftsfähig – der Vertrag ist daher nicht nichtig, sondern schwebend unwirksam. • Der Vertrag ist sofort wirksam, da Jonas mit 15 Jahren einsichtsfähig ist: Einsichtsfähigkeit ist kein gesetzlicher Maßstab für volle Geschäftsfähigkeit. Das BGB knüpft die volle Geschäftsfähigkeit zwingend an das vollendete 18. Lebensjahr (§ 2 BGB). • Der Vertrag ist wirksam, weil Jonas das Smartphone in einem stationären Geschäft gekauft hat: Die Art des Kauforts (stationär oder online) hat keinen Einfluss auf die Frage der Geschäftsfähigkeit des Käufers; maßgeblich bleibt allein das Alter des Jonas.

4. C — Die Kaufkraft sinkt, da man für denselben Geldbetrag weniger Güter und Dienstleistungen kaufen kann.



Unlock all 496 questions + timed mock exams

→ <https://certs.theorypractice.app/versicherungen>

\$2.99/week or \$6.99/month · cancel anytime · scan to start

Unofficial study material · not affiliated with any certifying body



Inflation bedeutet einen allgemeinen Anstieg des Preisniveaus. Für denselben Geldbetrag erhält man weniger Güter und Dienstleistungen – die reale Kaufkraft des Geldes sinkt. Why the other options are incorrect: • Die Kaufkraft steigt, weil sich durch höhere Preise mehr Geld im Umlauf befindet.: Mehr Geld im Umlauf ist eine Ursache für Inflation, nicht für steigende Kaufkraft. Bei gleichbleibendem Güterangebot steigen die Preise, die Kaufkraft sinkt. • Die Kaufkraft bleibt unverändert, solange der Nominalzins konstant ist.: Der Nominalzins sagt nichts über die reale Kaufkraft aus. Entscheidend ist der Realzins (Nominalzins minus Inflationsrate); bei hoher Inflation kann der Realzins negativ werden. • Die Kaufkraft ist ausschließlich vom Wechselkurs abhängig und wird von der Inflationsrate nicht beeinflusst.: Die Kaufkraft des Geldes im Inland hängt direkt vom Preisniveau und damit von der Inflationsrate ab – nicht primär vom Wechselkurs.

5. B — Den effektiven Jahreszins, den Gesamtbetrag aller Zahlungen und die Laufzeit des Darlehens

Gemäß §§ 491 ff. BGB (Verbraucherdarlehensvertrag) müssen u. a. der effektive Jahreszins, der Nettodarlehensbetrag, der Gesamtbetrag aller Zahlungen sowie die Laufzeit zwingend schriftlich angegeben werden. So werden Verbraucher transparent über die tatsächlichen Kosten informiert. Why the other options are incorrect: • Den Namen des zuständigen Filialleiters sowie die Unterschrift des Bankvorstands: Persönliche Angaben zum Filialleiter oder zum Vorstand sind keine gesetzlich vorgeschriebenen Pflichtangaben im Verbraucherdarlehensvertrag. • Eine notarielle Beglaubigung und die Benennung eines Bürgen aus dem Verwandtenkreis: Ein Verbraucherdarlehen erfordert keine notarielle Beurkundung. Notarielle Beglaubigungen sind z. B. bei Grundschulden üblich, aber nicht als generelle Pflichtangabe im Darlehensvertrag vorgeschrieben. • Den aktuellen Disporahmen aller bestehenden Konten des Kreditnehmers: Der Disporahmen anderer Konten ist für den Darlehensvertrag selbst nicht relevant und wird im Vertrag nicht ausgewiesen. Er kann allenfalls bei der Bonitätsprüfung eine Rolle spielen.

6. D — Selbstschuldnerische Bürgschaft

Bei der selbstschuldnerischen Bürgschaft (§ 773 Abs. 1 Nr. 1 BGB) verzichtet der Bürge auf die Einrede der Vorausklage. Der Gläubiger kann den Bürgen daher direkt in Anspruch nehmen, ohne zuvor den Hauptschuldner verklagen zu müssen. Why the other options are incorrect: • Ausfallbürgschaft: Bei der Ausfallbürgschaft haftet der Bürge erst, wenn der Gläubiger nachweist, dass er die Forderung gegen den Hauptschuldner nicht durchsetzen konnte – also gerade nicht sofort. • Zeitbürgschaft: Die Zeitbürgschaft begrenzt die Haftung des Bürgen auf einen bestimmten Zeitraum und trifft keine Aussage über die Reihenfolge der Inanspruchnahme. • Mitbürgschaft: Bei der Mitbürgschaft haften mehrere Personen gemeinsam für eine Schuld; auch hier kann der Gläubiger ohne weiteres zunächst zur Vorausklage gegen den Hauptschuldner verpflichtet sein.

7. C — Umweltschutz (ökologische Nachhaltigkeit) und gerechte Einkommens- und Vermögensverteilung

Das Magische Sechseck ergänzt die vier klassischen Ziele (Preisstabilität, Vollbeschäftigung, Wirtschaftswachstum, außenwirtschaftliches Gleichgewicht) um Umweltschutz sowie eine gerechte Einkommens- und Vermögensverteilung. Why the other options are incorrect: • Bildungsförderung und technologische Innovation: Bildung und Innovation sind wirtschaftspolitisch bedeutsam, gehören aber nicht zu den definierten Zielen des Magischen Sechsecks. • Soziale Sicherheit und Ausbau der öffentlichen Infrastruktur: Soziale Sicherheit und Infrastruktur sind wichtige Politikfelder, aber keine eigenständigen Ziele innerhalb des Magischen Sechsecks. • Preisstabilität und Vollbeschäftigung: Preisstabilität und Vollbeschäftigung sind bereits Bestandteil des Magischen Vierecks – sie werden durch das Sechseck nicht neu hinzugefügt.



Unlock all 496 questions + timed mock exams

→ <https://certs.theorypractice.app/versicherungen>

\$2.99/week or \$6.99/month · cancel anytime · scan to start



8. C — Haushaltspolitische Mechanismen, die ohne aktiven Gesetzgebungsakt automatisch konjunkturstabilisierend wirken

Automatische Stabilisatoren sind im System verankerte Mechanismen wie das progressive Steuersystem oder das Arbeitslosengeld: In der Rezession sinken Steuereinnahmen automatisch und Sozialausgaben steigen, was die Nachfrage stützt – ohne dass der Staat aktiv eingreifen muss. Why the other options are incorrect: • Feste Wechselkursbindungen zwischen den Währungen der EU-Mitgliedsstaaten: Wechselkursbindungen sind währungspolitische Instrumente, keine automatischen Stabilisatoren der Haushaltspolitik. • Staatlich vorgeschriebene Mindestpreise für Grundnahrungsmittel zur Preisstabilisierung: Mindestpreise sind marktregulative Eingriffe der Preispolitik, keine konjunkturstabilisierenden Haushaltsmechanismen. • Automatisch durch die EZB angepasste Leitzinsen bei Überschreitung der Inflationsgrenze: Die EZB passt Leitzinsen durch aktive Beschlüsse des EZB-Rats an – das ist keine automatische Stabilisierung, sondern aktive Geldpolitik.

9. A — Das Bruttoinlandsprodukt sinkt mindestens zwei Quartale in Folge.

Eine Rezession ist definiert als ein Rückgang des realen BIP über mindestens zwei aufeinanderfolgende Quartale. Sie geht typischerweise mit steigender Arbeitslosigkeit und sinkenden Investitionen einher. Why the other options are incorrect: • Die Beschäftigung steigt stark und die Investitionen boomen.: Steigende Beschäftigung und boomende Investitionen beschreiben den Aufschwung (Expansion) oder die Hochkonjunktur, nicht die Rezession. • Die Inflation ist sehr hoch aufgrund einer überhitzten Nachfrage.: Hohe Inflation durch überhitzte Nachfrage ist ein Merkmal der Hochkonjunktur (Boom), nicht der Rezession. • Der Staat kürzt die Ausgaben, um den Haushalt zu konsolidieren.: Staatliche Haushaltskonsolidierung ist eine wirtschaftspolitische Maßnahme (kontraktive Fiskalpolitik), keine Beschreibung einer Konjunkturphase.

10. B — Die weltweite Vernetzung und Integration von Märkten für Güter, Dienstleistungen und Kapital

Globalisierung bezeichnet die zunehmende grenzüberschreitende Verflechtung von Wirtschaft, Finanzmärkten, Technologie und Gesellschaft weltweit – nicht auf einzelne Aspekte oder Regionen beschränkt. Why the other options are incorrect: • Die Verlagerung der gesamten Industrieproduktion aus Industriestaaten in Entwicklungsländer: Die Produktionsverlagerung (Offshoring) ist nur ein Teilphänomen der Globalisierung, nicht ihre Definition. • Der Abbau von Handelshemmnissen ausschließlich innerhalb der Europäischen Union: Der Binnenmarkt der EU ist ein regionales Integrationsprojekt; Globalisierung ist ein weltweiter Prozess und geht weit darüber hinaus. • Die Einführung einer einheitlichen Weltwährung durch den IWF: Eine globale Einheitswährung existiert nicht. Globalisierung ist nicht an eine gemeinsame Währung gebunden.

11. A — Nein, denn nach § 70 VVG wird dem Versicherer das Wissen seines Vertreters zugerechnet, sofern dieser die Information im Rahmen seiner Agententätigkeit erhalten hat.

Nach § 70 VVG gilt Wissen des empfangsbevollmächtigten Versicherungsvertreters als Wissen des Versicherers. Da der Vertreter die Information über die Vorerkrankung im Rahmen seiner Agententätigkeit erhalten hat, gilt die Anzeigepflicht als erfüllt. Ein Rücktritt des Versicherers scheidet daher aus. Why the other options are incorrect: • Ja, da die Anzeigepflicht ausschließlich durch schriftliche Angaben im Antragsbogen wirksam erfüllt werden kann.: Das VVG schreibt keine ausschließliche Schriftlichkeit für die Erfüllung der Anzeigepflicht vor; mündliche Mitteilungen an den bevollmächtigten Vertreter genügen. • Ja, da Versicherungsvertreter generell keine Empfangsvollmacht für mündliche Mitteilungen besitzen.: Versicherungsvertreter (Agenten) besitzen nach §§ 69, 70 VVG grundsätzlich Empfangsvollmacht, sodass Mitteilungen an sie dem Versicherer zuzurechnen sind. • Nein, aber nur wenn Herr Lange die mündliche Mitteilung durch Zeugen nachweisen kann.: Die Wissenszurechnung nach § 70 VVG hängt nicht vom



Unlock all 496 questions + timed mock exams

→ <https://certs.theorypractice.app/versicherungen>

\$2.99/week or \$6.99/month · cancel anytime · scan to start

Unofficial study material · not affiliated with any certifying body



Zeugenbeweis ab; maßgeblich ist allein, ob der Vertreter die Information in seiner Eigenschaft als Agent entgegengenommen hat.

12. B — Wenn Herr Götz beim Vertragsschluss am 1. August keine Kenntnis vom bereits eingetretenen Einbruchschaden hatte.

Nach § 2 Abs. 2 VVG ist der Versicherer von der Leistungspflicht frei, wenn der Versicherungsnehmer beim Vertragsschluss wusste, dass der Versicherungsfall bereits eingetreten war. Kannte Herr Götz den Schaden zum Zeitpunkt des Vertragsschlusses nicht, greift die Rückwärtsversicherung, und der Versicherer muss leisten. Why the other options are incorrect: • Unter keiner – rückwirkende Versicherungsverträge sind nach deutschem Recht generell unwirksam.: Rückwärtsversicherungen sind in § 2 VVG ausdrücklich geregelt und damit gesetzlich zulässig; sie sind nicht generell unwirksam. • Immer, sofern beide Parteien die Rückwärtsversicherung ausdrücklich schriftlich vereinbart haben.: Die Schriftlichkeit der Vereinbarung allein genügt nicht; entscheidend ist nach § 2 Abs. 2 VVG, dass der Versicherungsnehmer beim Vertragsschluss keine Kenntnis vom Versicherungsfall hatte. • Wenn der Versicherer beim Vertragsschluss selbst bereits vom Schaden wusste und den Vertrag trotzdem abschloss.: Die Kenntnis des Versicherers ist für § 2 VVG nicht das maßgebliche Kriterium; das Gesetz stellt auf die Kenntnis des Versicherungsnehmers ab, da dieser durch Rückwärtsversicherung kein gezieltes Spekulationsgeschäft betreiben darf.

13. C — 185 € für Lena und 300 € für Fabian, insgesamt 485 €

Die Kinderzulage im Rahmen der Riester-Rente beträgt 185 € jährlich für Kinder, die vor dem 01.01.2008 geboren wurden, und 300 € jährlich für Kinder ab dem 01.01.2008. Lena (geb. 2005): 185 €, Fabian (geb. 2010): 300 € – zusammen 485 € pro Jahr. Why the other options are incorrect: • 300 € für Lena und 300 € für Fabian, insgesamt 600 €: Der erhöhte Satz von 300 € gilt nur für ab 2008 geborene Kinder; für Lena (geb. 2005) gilt der niedrigere Satz von 185 €, sodass die Gesamtsumme nicht 600 € beträgt. • 185 € für Lena und 185 € für Fabian, insgesamt 370 €: Der Satz von 185 € gilt ausschließlich für vor 2008 geborene Kinder; für Fabian (geb. 2010) greift der erhöhte Satz von 300 €, weshalb 370 € insgesamt falsch ist. • 100 € für Lena und 200 € für Fabian, insgesamt 300 €: Kinderbeträge von 100 € bzw. 200 € existieren im Riester-Fördersystem nicht; die gesetzlich festgelegten Sätze sind 185 € (Geburtsjahrgang vor 2008) und 300 € (Geburtsjahrgang ab 2008).

14. B — Mindestens 12 Monate innerhalb der letzten 30 Monate

Die reguläre Anwartschaftszeit für Arbeitslosengeld I beträgt 12 Monate Versicherungspflicht innerhalb der Rahmenfrist von 30 Monaten vor der Arbeitslosmeldung. Why the other options are incorrect: • Mindestens 6 Monate innerhalb der letzten 12 Monate: 6 Monate innerhalb von 12 Monaten entspricht keiner gültigen Anwartschaftszeit; die maßgebliche Rahmenfrist beträgt 30 Monate. • Mindestens 24 Monate innerhalb der letzten 48 Monate: 24 Monate innerhalb von 48 Monaten ist nicht die gesetzlich vorgesehene Anwartschaftszeit für den Bezug von ALG I. • Mindestens 36 Monate insgesamt: Die Anwartschaftszeit wird nicht als kumulative Gesamtbeitragszeit, sondern innerhalb einer festen Rahmenfrist von 30 Monaten bemessen.

15. C — Monatliche Altersrente

Die monatliche Altersrente ist eine Leistung der gesetzlichen Rentenversicherung, nicht der Krankenversicherung. Die GKV erbringt Sach- und Geldleistungen im Krankheitsfall, aber keine Rentenleistungen. Why the other options are incorrect: • Ärztliche Behandlung: Ärztliche Behandlungen sind eine Kernleistung der GKV und werden als Sachleistung erbracht. • Krankengeld ab der 7. Krankheitswoche: Krankengeld zahlt die GKV ab der 7. Woche ununterbrochener Arbeitsunfähigkeit – die ersten 6 Wochen trägt



Unlock all 496 questions + timed mock exams

→ <https://certs.theorypractice.app/versicherungen>

\$2.99/week or \$6.99/month · cancel anytime · scan to start

Unofficial study material · not affiliated with any certifying body



der Arbeitgeber als Entgeltfortzahlung. • Zahnärztliche Behandlung: Zahnärztliche Behandlungen gehören ebenfalls zum Leistungsumfang der GKV, auch wenn Zahnersatz häufig nur mit Festzuschüssen bezuschusst wird.

16. C — Die Tarifvertragsparteien dürfen keine Arbeitskampfmaßnahmen zu den bereits tariflich geregelten Fragen durchführen.

Die relative Friedenspflicht besagt, dass während der Laufzeit eines Tarifvertrags keine Arbeitskampfmaßnahmen zu den darin bereits geregelten Themen ergriffen werden dürfen. Zu noch nicht geregelten Themen bleibt ein Arbeitskampf möglich. Why the other options are incorrect: • Arbeitnehmer dürfen während der Tarifvertragslaufzeit keine Überstunden leisten.: Überstundenregelungen sind Vertragsgestaltungsfragen und haben mit der Friedenspflicht nichts zu tun. • Arbeitgeber und Gewerkschaften müssen sich monatlich zu Gesprächen treffen.: Eine monatliche Gesprächspflicht ist im TVG nicht vorgesehen. • Alle Arbeitnehmer im Betrieb sind persönlich verpflichtet, jeden Streik zu unterlassen.: Die Friedenspflicht bindet die Tarifvertragsparteien (Gewerkschaft und Arbeitgeberverband), nicht individuell jeden einzelnen Arbeitnehmer.

17. B — Missverständnisse frühzeitig aufzudecken, das gegenseitige Verständnis zu sichern und eine verbindliche Basis für die folgende Produktempfehlung zu schaffen.

Die Zusammenfassungstechnik dient dazu, Missverständnisse aufzudecken, das gegenseitige Verständnis zu sichern und einen fließenden Übergang zur Produktempfehlung vorzubereiten. Die Bestätigung durch den Kunden schafft Verbindlichkeit und zeigt, dass seine Bedürfnisse ernst genommen wurden. Why the other options are incorrect: • Die gesetzliche Pflicht zur Beratungsdokumentation nach § 61 VVG formal zu erfüllen.: Die Beratungsdokumentation nach § 61 VVG ist ein eigenständiger formaler Vorgang; die Zusammenfassungstechnik ist eine kommunikative Gesprächsmethode und kein rechtlicher Ersatz dafür. • Die Gesprächsdauer absichtlich zu verlängern, um durch mehr Zeitaufwand das Vertrauen des Kunden zu stärken.: Gesprächsdauer ist kein Qualitätsmerkmal; eine gute Zusammenfassung spart eher Zeit, weil sie Irrtümer frühzeitig klärt, statt sie erst am Gesprächsende kostspielig zu korrigieren. • Den Kunden von verbliebenen Einwänden abzulenken, indem seine eigenen Aussagen lediglich wiederholt werden.: Professionelle Berater nutzen die Zusammenfassung, um Transparenz und Vertrauen herzustellen – nicht um Einwände zu umgehen, was unseriös wäre und das Vertrauensverhältnis schädigen würde.

18. C — 30 Tage ab Erhalt der Vertragsunterlagen

Gemäß § 8 VVG gilt für Lebensversicherungen eine verlängerte Widerrufsfrist von 30 Tagen, gerechnet ab dem Zugang aller erforderlichen Vertragsunterlagen. Diese Sonderregelung soll dem Kunden ausreichend Zeit geben, eine so langfristige und bedeutsame Entscheidung zu überdenken. Why the other options are incorrect: • 7 Tage ab Erhalt der Unterlagen: 7 Tage ist keine gesetzlich vorgesehene Widerrufsfrist im VVG und daher falsch. • 14 Tage ab Vertragsabschluss: 14 Tage ist die allgemeine Widerrufsfrist für die meisten anderen Versicherungsverträge, nicht jedoch für Lebensversicherungen, für die das VVG ausdrücklich 30 Tage vorsieht. • 60 Tage ab dem ersten Beitragsfälligkeitstag: 60 Tage ist keine im VVG normierte Frist und daher unzutreffend.

19. A — § 106 GewO, der dem Arbeitgeber das Recht einräumt, Inhalt, Ort und Zeit der Arbeitsleistung nach billigem Ermessen näher zu bestimmen

§ 106 GewO regelt das sogenannte Direktionsrecht (Weisungsrecht) des Arbeitgebers. Danach kann er im Rahmen des Arbeitsvertrags einseitig Anweisungen zu Inhalt, Ort und Zeit der Arbeitsleistung nach billigem Ermessen erteilen, sofern der Vertrag keine abweichende Regelung enthält. Why the other options are



Unlock all 496 questions + timed mock exams

→ <https://certs.theorypractice.app/versicherungen>

\$2.99/week or \$6.99/month · cancel anytime · scan to start

Unofficial study material · not affiliated with any certifying body



incorrect: • § 315 BGB, der die einseitige Leistungsbestimmung regelt und allgemein für alle Schuldverhältnisse gilt: § 315 BGB betrifft allgemein die einseitige Leistungsbestimmung in Schuldverhältnissen, ist aber nicht die spezifische arbeitsrechtliche Grundlage des Direktionsrechts. Dieses ist ausdrücklich in § 106 GewO geregelt. • § 613a BGB, der die Rechtsfolgen bei Betriebsübergang und den Übergang von Arbeitsverhältnissen auf einen neuen Inhaber regelt: § 613a BGB regelt den Schutz von Arbeitnehmern bei einem Betriebsübergang (z. B. Unternehmensverkauf) und hat keinen Bezug zum Weisungsrecht des Arbeitgebers im laufenden Arbeitsverhältnis. • § 14 TzBfG, der die Voraussetzungen für eine sachgrundlose Befristung von Arbeitsverhältnissen normiert: § 14 TzBfG betrifft ausschließlich die Befristung von Arbeitsverhältnissen und regelt nicht das Recht des Arbeitgebers, einseitige Anweisungen zur Lage der Arbeitszeit zu erteilen.

20. C — Bis zum 24. März desselben Jahres (3 Wochen nach Zugang)

§ 4 Satz 1 KSchG schreibt vor, dass die Kündigungsschutzklage innerhalb von drei Wochen nach Zugang der schriftlichen Kündigung beim Arbeitsgericht erhoben werden muss. Bei Zugang am 3. März endet die Frist am 24. März. Wird die Frist versäumt, gilt die Kündigung gemäß § 7 KSchG als von Anfang an rechtswirksam. Why the other options are incorrect: • Bis zum 3. September desselben Jahres (6 Monate nach Zugang): Eine Frist von 6 Monaten existiert im KSchG nicht. Die 3-Wochen-Frist ist eine kurze Ausschlussfrist, die Rechtssicherheit für beide Seiten schaffen soll. • Bis zum 3. April desselben Jahres (4 Wochen nach Zugang): Die Klagefrist beträgt 3 Wochen, nicht 4 Wochen. Die 4 Wochen sind die gesetzliche Grundkündigungsfrist aus § 622 Abs. 1 BGB und haben keinen Bezug zur Klagefrist. • Bis zum 3. März des Folgejahres (1 Jahr nach Zugang): Eine Jahresfrist gilt nicht für die Kündigungsschutzklage. Das KSchG setzt mit 3 Wochen bewusst eine sehr kurze Frist an, um lang andauernde Unsicherheit über den Bestand des Arbeitsverhältnisses zu vermeiden.

21. B — Das Arbeitsverhältnis muss länger als sechs Monate bestehen und der Betrieb muss in der Regel mehr als 15 Arbeitnehmer (ohne Auszubildende) beschäftigen.

§ 8 Abs. 1 und Abs. 7 TzBfG setzt voraus, dass das Arbeitsverhältnis länger als sechs Monate besteht und der Arbeitgeber in der Regel mehr als 15 Arbeitnehmer (ohne Auszubildende) beschäftigt. Beide Bedingungen müssen gleichzeitig vorliegen. Why the other options are incorrect: • Das Arbeitsverhältnis muss länger als drei Monate bestehen und der Betrieb muss mehr als zehn Arbeitnehmer beschäftigen.: Der gesetzliche Schwellenwert liegt bei mehr als 15, nicht zehn Arbeitnehmern; außerdem ist eine Betriebszugehörigkeit von mehr als sechs Monaten (nicht drei Monaten) erforderlich. • Das Arbeitsverhältnis muss länger als zwölf Monate bestehen; eine Mindestbetriebsgröße ist dabei nicht vorgeschrieben.: Ohne Betriebsgrößenschwelle würde der Anspruch auch in Kleinstbetrieben gelten, was das TzBfG ausdrücklich ausschließt. In Betrieben mit bis zu 15 Arbeitnehmern besteht kein gesetzlicher Anspruch auf Arbeitszeitverringerung. • Das Arbeitsverhältnis muss länger als sechs Monate bestehen und der Betrieb muss in der Regel mehr als 20 Arbeitnehmer beschäftigen.: Der gesetzliche Schwellenwert liegt bei mehr als 15, nicht mehr als 20 Arbeitnehmern. Die höhere Zahl würde den Anwendungsbereich des § 8 TzBfG zu stark einengen.

22. B — Dauer der Betriebszugehörigkeit, Lebensalter, Unterhaltspflichten und Schwerbehinderung

§ 1 Abs. 3 KSchG schreibt vor, dass bei der Sozialauswahl die Dauer der Betriebszugehörigkeit, das Lebensalter, die Unterhaltspflichten und eine etwaige Schwerbehinderung des Arbeitnehmers ausreichend zu berücksichtigen sind. Why the other options are incorrect: • Lebensalter, Familienstand, Gehaltsklasse und Dauer der Betriebszugehörigkeit: Familienstand und Gehaltsklasse sind keine gesetzlichen Kriterien der Sozialauswahl nach § 1 Abs. 3 KSchG. Stattdessen sind Unterhaltspflichten und Schwerbehinderung



Unlock all 496 questions + timed mock exams

→ <https://certs.theorypractice.app/versicherungen>

\$2.99/week or \$6.99/month · cancel anytime · scan to start

Unofficial study material · not affiliated with any certifying body



maßgeblich. • Leistungsbeurteilung, Fehlzeiten, Dauer der Betriebszugehörigkeit und Lebensalter: Leistungsbeurteilung und Fehlzeiten sind keine Sozialauswahlkriterien nach § 1 Abs. 3 KSchG. Die Sozialauswahl zielt auf die soziale Schutzwürdigkeit ab, nicht auf die Arbeitsleistung. • Qualifikation, Lebensalter, Dauer der Betriebszugehörigkeit und Gewerkschaftszugehörigkeit: Qualifikation und Gewerkschaftszugehörigkeit sind gesetzlich nicht vorgesehen. Eine Benachteiligung aufgrund der Gewerkschaftszugehörigkeit wäre zudem rechtswidrig.

23. A — Der Versicherer kann Leistungen verweigern, indem er den Versicherten auf eine andere zumutbare Tätigkeit verweist, die dieser theoretisch ausüben könnte – ohne dass er dort tatsächlich beschäftigt ist

Beim abstrakten Verweis darf der Versicherer Leistungen ablehnen, wenn der Versicherte rein theoretisch – also ohne konkrete Stelle – eine andere, als zumutbar eingestufte Tätigkeit ausüben könnte. Viele moderne BU-Tarife verzichten auf diesen Verweis (sog. 'konkreter Verweis' als höherwertiges Merkmal), was ein wichtiges Qualitätskriterium beim Tarifvergleich ist. Why the other options are incorrect: • Der Versicherer zahlt die BU-Rente nur, wenn der Versicherte seinen zuletzt ausgeübten Beruf vollständig und dauerhaft aufgibt: Die vollständige Berufsaufgabe ist keine Anspruchsvoraussetzung. Entscheidend ist, ob der Versicherte seinen zuletzt ausgeübten Beruf zu mindestens 50 % (übliche Schwelle) nicht mehr ausüben kann – unabhängig davon, ob er den Beruf formal aufgibt. • Der Versicherte ist berechtigt, bei der Prüfung der Berufsunfähigkeit jeden beliebigen Arzt ohne Facharztspflicht zu konsultieren: Die Arztwahl im Leistungsprüfungsverfahren regelt die Gutachterpflicht im Schadensfall – das ist ein anderes Thema und hat nichts mit dem Begriff des abstrakten Verweises zu tun. • Die BU-Rente wird automatisch auf laufende Leistungen der gesetzlichen Rentenversicherung angerechnet: Eine automatische Anrechnung der BU-Rente auf gesetzliche Rentenleistungen ist nicht Bestandteil des abstrakten Verweises. Anrechnungsregelungen können vertraglich vereinbart sein, sind aber ein separates Thema der Leistungscoordination.

24. B — Die Behandlungskosten im Ausland sowie die Kosten für einen medizinisch notwendigen Rücktransport nach Deutschland.

Die private Auslandskrankenversicherung deckt typischerweise die Heilbehandlungskosten im Ausland (ambulant und stationär) und übernimmt bei medizinischer Notwendigkeit auch die Kosten eines organisierten Rücktransports ins Heimatland. Why the other options are incorrect: • Ausschließlich ambulante Behandlungskosten bis zu einer vertraglich definierten Tageshöchstgrenze.: Die Auslandskrankenversicherung beschränkt sich nicht auf ambulante Leistungen; stationäre Behandlungen und Operationskosten sind in der Regel ebenfalls versichert. • Lediglich den Selbstbehalt, den die GKV im Ausland nicht erstattet, da die GKV weltweit Schutz gewährt.: Die GKV bietet keinen weltweiten Schutz. Außerhalb der EU (wie in Thailand) leistet sie grundsätzlich nicht; eine EHIC-Karte gilt nur in EU-Ländern und bestimmten Vertragsstaaten. • Nur die reinen Behandlungskosten – ein Rücktransport gilt als Reisekomfort und ist nicht versichert.: Ein medizinisch notwendiger Rücktransport ist kein Reisekomfort, sondern fester, explizit vereinbarter Leistungsbestandteil einer Auslandskrankenversicherung.

25. B — Er kann Pflegegeld für die Pflege durch seine Tochter erhalten, Pflegesachleistungen für einen ambulanten Pflegedienst nutzen oder beides kombinieren

Die soziale Pflegeversicherung bietet bei häuslicher Pflege wahlweise Pflegegeld (für Pflege durch Laien wie Angehörige), Pflegesachleistungen (für professionelle Pflegedienste) oder eine Kombination beider Leistungsformen an. Pflegegeld ist gerade für die Situation konzipiert, in der Angehörige die Pflege übernehmen. Why the other options are incorrect: • Er erhält ausschließlich stationäre Pflegeleistungen, da häusliche Pflege durch Angehörige nicht gefördert wird: Die soziale Pflegeversicherung fördert ausdrücklich



Unlock all 496 questions + timed mock exams

→ <https://certs.theorypractice.app/versicherungen>

\$2.99/week or \$6.99/month · cancel anytime · scan to start

Unofficial study material · not affiliated with any certifying body



die häusliche Pflege durch Angehörige. Stationäre Leistungen sind keine Voraussetzung für den Leistungsbezug. • Die Pflegeversicherung übernimmt sämtliche entstehenden Pflegekosten vollständig und ohne Eigenanteil: Die soziale Pflegeversicherung ist als Teilkaskoversicherung konzipiert und deckt die Pflegekosten nur anteilig ab. Einen Eigenanteil müssen Pflegebedürftige weiterhin selbst tragen. • Bei ausschließlich häuslicher Pflege durch Angehörige besteht kein Leistungsanspruch gegenüber der sozialen Pflegeversicherung: Das Pflegegeld wurde gesetzlich genau für den Fall der häuslichen Pflege durch nicht-professionelle Pflegepersonen geschaffen; ein Leistungsanspruch besteht daher auch bei rein familiärer Pflege.

26. C — Der Preis, bei dem angebotene und nachgefragte Menge genau übereinstimmen.

Der Gleichgewichtspreis (auch Marktpreis) ist der Preis, bei dem die von Anbietern angebotene Menge exakt der von Nachfragern nachgefragten Menge entspricht. Es gibt weder einen Angebotsüberschuss noch eine Nachfrageknappheit – der Markt ist geräumt. Why the other options are incorrect: • Der staatlich festgesetzte Mindestpreis für ein Gut.: Falsch. Ein Mindestpreis ist ein staatlicher Eingriff und liegt definitionsgemäß über dem Gleichgewichtspreis – er ist nicht mit dem Gleichgewichtspreis identisch. • Der Preis, bei dem die Nachfrage größer ist als das Angebot.: Falsch. Wenn die Nachfrage größer ist als das Angebot, liegt ein Nachfrageüberschuss (Knappheit) vor – kein Gleichgewicht. • Der Durchschnittspreis aller Anbieter auf dem Markt.: Falsch. Der Durchschnittspreis aller Anbieter ist eine statistische Kennzahl, beschreibt aber nicht zwingend den Punkt, an dem Angebot und Nachfrage übereinstimmen.

27. C — Das Vollständigkeitsprinzip

Das Vollständigkeitsprinzip (auch Bruttoprinzip) verlangt, dass alle Einnahmen und Ausgaben in voller Höhe und einzeln im Haushaltsplan ausgewiesen werden – ohne Saldierung oder versteckte Positionen. Damit wird die parlamentarische Kontrolle über die öffentlichen Finanzen sichergestellt. Why the other options are incorrect: • Das Jährlichkeitsprinzip: Das Jährlichkeitsprinzip besagt, dass ein Haushaltsplan nur für ein Haushaltsjahr gilt und nicht genutzte Ermächtigungen danach verfallen – es regelt den zeitlichen Rahmen, nicht die Vollständigkeit der Darstellung. • Das Gesamtdeckungsprinzip: Das Gesamtdeckungsprinzip (Nonaffektationsprinzip) regelt, dass alle Einnahmen gemeinsam zur Deckung aller Ausgaben dienen und nicht einzelnen Ausgaben zweckgebunden zugeordnet werden sollen. • Das Wirtschaftlichkeitsprinzip: Das Wirtschaftlichkeitsprinzip fordert, öffentliche Mittel möglichst sparsam und effizient einzusetzen – es macht keine Aussage zur Art und Weise der haushaltsmäßigen Darstellung.

28. C — 25 %

Auf private Kapitalerträge wie Zinsen, Dividenden oder realisierte Kursgewinne wird eine Abgeltungsteuer von pauschal 25 % erhoben, zuzüglich Solidaritätszuschlag und gegebenenfalls Kirchensteuer. Damit ist die Einkommensteuerpflicht für diese Erträge abgegolten. Why the other options are incorrect: • 15 %: 15 % entspricht dem Körperschaftsteuersatz auf den zu versteuernden Gewinn von Kapitalgesellschaften – nicht dem Abgeltungsteuersatz auf private Kapitalerträge. • 20 %: 20 % ist kein allgemein gültiger Steuersatz im deutschen Steuerrecht – weder für Kapitalerträge noch für andere Steuerarten. • 30 %: 30 % übersteigt den gesetzlich festgelegten Abgeltungsteuersatz von 25 % – dieser Satz findet im deutschen Einkommensteuerrecht so keine Anwendung.

29. B — Direkte Treibhausgasemissionen aus unternehmenseigenen oder -kontrollierten Quellen, z. B. eigene Heizungsanlagen und Firmenfahrzeuge.

Scope 1 umfasst alle direkten Treibhausgasemissionen aus Quellen, die ein Unternehmen besitzt oder kontrolliert, z. B. eigene Heizkessel, Produktionsöfen oder Firmenfahrzeuge. Diese Emissionen entstehen



Unlock all 496 questions + timed mock exams

→ <https://certs.theorypractice.app/versicherungen>

\$2.99/week or \$6.99/month · cancel anytime · scan to start

Unofficial study material · not affiliated with any certifying body



unmittelbar im Betrieb. Why the other options are incorrect: • Indirekte Emissionen, die durch den Einkauf von Strom, Wärme oder Dampf entstehen.: Emissionen aus zugekaufter Energie (Strom, Fernwärme) sind Scope 2 – sie entstehen zwar für das Unternehmen, aber außerhalb seiner Anlagen. • Emissionen, die entlang der gesamten vor- und nachgelagerten Wertschöpfungskette entstehen.: Emissionen der gesamten Lieferkette (Lieferanten, Transporte, Kundennutzung, Entsorgung) gehören zu Scope 3 – den indirekten Emissionen der Wertschöpfungskette. • Ausschließlich Emissionen aus der betrieblichen Abfallentsorgung.: Abfallentsorgung ist nur ein Teilbereich; zudem fallen Entsorgungsemissionen je nach Veranlassung eher unter Scope 3, nicht per Definition unter Scope 1.

30. B — Eine systematische Untersuchung des Energieverbrauchs im Unternehmen mit dem Ziel, konkrete Einsparpotenziale zu identifizieren.

Ein Energieaudit (geregelt u. a. im Energiedienstleistungsgesetz, EDL-G) ist eine systematische Analyse aller Energieflüsse und des Energieverbrauchs eines Betriebs, um Einsparpotenziale aufzuzeigen. Für nicht-KMU-Unternehmen in der EU ist es verpflichtend. Why the other options are incorrect: • Eine Prüfung durch das Finanzamt, ob Energiekosten eines Unternehmens korrekt steuerlich abgesetzt wurden.: Das Finanzamt führt keine Energieaudits durch; ein Energieaudit ist eine technisch-betriebliche Analyse, kein steuerliches Prüfverfahren. • Ein staatliches Zertifizierungsverfahren, das Unternehmen zur ausschließlichen Nutzung erneuerbarer Energien verpflichtet.: Ein Energieaudit verpflichtet das Unternehmen nicht zur Nutzung erneuerbarer Energien; es dient der Analyse und Beratung, nicht der Festlegung der Energiequelle. • Eine interne Buchprüfung der Energierechnungen durch die Buchhaltungsabteilung.: Eine Buchprüfung der Rechnungen ist kein Energieaudit; das Audit umfasst die technische Bestandsaufnahme aller Energieströme im Betrieb, nicht nur die Kosten.



Unlock all 496 questions + timed mock exams

→ <https://certs.theorypractice.app/versicherungen>

\$2.99/week or \$6.99/month · cancel anytime · scan to start



Ready to pass?

Unlock the full Versicherungen bank, every explanation, and unlimited timed mock exams.

Scan to start practising

<https://certs.theorypractice.app/versicherungen>

Also on iOS & Android — search your exam name on the App Store or Google Play



Unlock all 496 questions + timed mock exams
→ <https://certs.theorypractice.app/versicherungen>

\$2.99/week or \$6.99/month · cancel anytime · scan to start